

Punkt 3 der öffentlichen Sitzung am 23. September 2014

Vorlagen-Nr. 14-F-03-0088

Flüchtlingssituation in Wiesbaden

- Antrag von Bündnis90/Die Grünen vom 17.09.2014 -

Die tragischen Ereignisse in den Kriegsgebieten, unter anderem auch in Syrien, zwingen viele Menschen ihre Heimat zu verlassen um in anderen Ländern Schutz zu suchen. Deutschland kommt seiner Verpflichtung nach und nimmt diese Kriegsflüchtlinge auf. Deren Versorgung und Unterbringung stellt die Kommunen vor eine große, aber leistbare Herausforderung. Die Landeshauptstadt Wiesbaden hat sich jüngst dazu entschieden mobile temporäre Wohnmodule als Unterkünfte zu errichten und damit eine aktive Vorsorge für die Unterbringung der zu erwartenden Flüchtlinge zu leisten. Wir begrüßen dieses Engagement, welches aber noch weitere Fragen auf offen lässt.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. welche Maßnahmen vorgesehen sind, um eine angemessene Unterstützung, Integration der Kriegsflüchtlinge zu ermöglichen (z.B. bei Deutschkursen, Lotsendiensten, Sozialarbeit, Unterstützung bei Arztbesuchen oder Behördengängen)?
2. welche bereits laufenden Projekte des Integrationsamtes, oder der freien Träger es gibt, die sich an diese Zielgruppe wenden bzw. wie diese ergänzt oder erweitert werden können?
3. inwiefern die örtlichen Vereine (auch Sportvereine) bei der Integration der Flüchtlinge eingebunden sind?
4. welche zusätzlichen Angebote für die vom Krieg traumatisierten Menschen erforderlich und welche Finanzierungsmöglichkeiten hierzu vorhanden sind (unter Berücksichtigung von Landes-, Bundes-, EU-Mitteln)?
5. wie und durch wen diese Angebote koordiniert werden, an denen verschiedene Ämter und Dezernate beteiligt sind, und wie der Informationsfluss untereinander sichergestellt ist?

Beschluss Nr. 0067

Der Antrag von Bündnis90/Die Grünen vom 17.09.2014 betr.

Flüchtlingssituation in Wiesbaden

wird in folgender Form angenommen (Zusätze unterstrichen):

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. welche Maßnahmen vorgesehen sind, um eine angemessene Unterstützung, Integration der Kriegsflüchtlinge zu ermöglichen (z.B. bei Deutschkursen, Lotsendiensten, Sozialarbeit, Unterstützung bei Arztbesuchen oder Behördengängen)?
2. welche bereits laufenden Projekte des Integrationsamtes, oder der freien Träger es gibt, die sich an diese Zielgruppe wenden bzw. wie diese ergänzt oder erweitert werden können?
3. inwiefern die örtlichen Vereine (auch Sportvereine) bei der Integration der Flüchtlinge eingebunden sind?
4. welche zusätzlichen Angebote für die vom Krieg traumatisierten Menschen nach Ansicht des Magistrats erforderlich und welche Finanzierungsmöglichkeiten hierzu vorhanden sind (unter Berücksichtigung von Landes-, Bundes-, EU-Mitteln)?
5. wie und durch wen diese Angebote koordiniert werden, an denen verschiedene Ämter und Dezernate beteiligt sind, und wie der Informationsfluss unter Beachtung des Datenschutzes untereinander sichergestellt ist?

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .09.2014

Apel
Vorsitzende

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, .10.2014

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Nickel
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .10.2014

1. Dezernat V i. V. m. Dezernat II
mit der Bitte um weitere Veranlassung
2. Abdruck:
Dezernat II
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Gerich
Oberbürgermeister